

Vollständige Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 98. für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 200.



Verlagspreis f. Halle a. S. 2.50 Mark, durch d. Post bezogen 3 Mark. In der Provinz Sachsen, Verlagspreis 2.50 Mark. Die Halle, Pst. 20. 1917. Verantwortlich: Dr. Walter Gebhardt. Druck: Dr. Walter Gebhardt. Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telephone 1272. Eing. Gr. Braunschweig. Oberredakteur: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Zweite Ausgabe
Mittwoch, 27. Februar 1907.

Abgabegebühren f. d. Postbezugsstellen des Reichs, des Landes und der Provinz Sachsen, des Auslandes 30 Pf. Refusum am Schluß des Monats. Die Halle 100 Pf. Abgabegebühren f. d. Postbezugsstellen des Reichs, des Landes und der Provinz Sachsen, des Auslandes 30 Pf. Refusum am Schluß des Monats. Die Halle 100 Pf. Abgabegebühren f. d. Postbezugsstellen des Reichs, des Landes und der Provinz Sachsen, des Auslandes 30 Pf. Refusum am Schluß des Monats. Die Halle 100 Pf.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfaustraße 14. Telefon-Amt VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 27. Februar.

*** Die konservative Reichstagsfraktion hat zwölf Initiativ-Anträge eingebracht.** Wir haben folgende hervor: Der Reichsfanzler wird ersucht, auf den Erlaß einseitiger Bestimmungen der Bundesregierungen dahin zu wirken, daß die Zeit der diätarischen Beschäftigung der Militäranwärter auf höchstens zwei Jahre festgelegt und den Anwärtern ein Zeit ihrer Militärdienstzeit auf das Besoldungsdiplom angerechnet und während ihrer diätarischen Beschäftigung eine Hinterbliebenen-Versicherung gesichert werde; die verbündeten Regierungen werden um eine Vorlage ersucht, wodurch die Bestimmungen über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer der Gestalt abgeändert werden, daß die Beihilfen auf Antrag der Beteiligten nach Vollendung des 60. Lebensjahres und bei einem Einkommen von weniger als 900 Mark ohne weitere Prüfung der Bedürftigkeit zu gewähren sind. Ein weiterer Gesetzentwurf wird erbeten, worin die Unfallvorsorge für die bei Rettung oder Bergung von Personen oder Sachen verunglückenden Personen, insbesondere der freiwilligen Feuer- und Wasserverwehren, gewährleistet wird. Ferner sollen die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf betreffend die Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten in Angriff zu nehmen werden, daß er bei dem Beginn der nächsten Reichstagsession vorgelegt werden kann. Weiter wird die Umbaufrage der Zuckerrüben von 14 auf höchstens 10 Mark für den Doppelernter beantragt. Ein Gesetz über die Kraftwagenverkehr in Deutschland einheitlich regeln und die Bildung einer Zugsverkehrsbehörde für die Automobilisten vorlesen zum Schutze der Bevölkerung gegen Schädigungen durch unermittelte Kraftfahrer. Endlich soll in das Bürgerliche Gesetzbuch eine Bestimmung eingefügt werden, wodurch die Erbschaftspflicht des Tierhalters analog der Erbschaftspflicht von Automobilisten usw. gestaltet wird.

*** Der Bericht des Reichstages** war Dienstag 12½ Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Präsidenten Grafen Stolberg zusammengetreten und stellte den Etat des Reichstages auf. Dieser Etat war vor der Aufhebung des Reichstages vom damaligen Vorstände noch nicht beraten worden.

*** Wahlprotest.** Die konservativen, Nationalliberalen und Deutschholländischen in Lauburg a. S. beschließen, gegen die Wahl des Wahlleiters Dr. Seidler (10. Wahlkreis) ein heftiger Protest (Wahlkreis) wegen Wahlunregelmäßigkeiten Protest einzulegen.

*** Eisenbahnbesatz und Publikum.** Für den Verkehr der Eisenbahnstellen mit dem Publikum ist eine bemerkenswerte Einrichtung getroffen worden. Auf den Stationen mit größerem Beamtenpersonal sollen fortan Unterrichtsurufe abgehalten werden, damit die Eisenbahnstellen mit den einschlägigen Bestimmungen des Reiseverkehrs besser vertraut gemacht werden. Es entspricht diese Maßnahme dem Umstande, daß Reisende in vielen Fällen von den Schaffnern, Zugführern, Schalterbeamten, Wagenführern usw. Auskünfte und Erklärungen über Eigenarten des Person- und Gepäckverkehrs, über die Gültigkeit der Fahrkarten auf anderen Strecken, über Ausrücker- und Frauenabteile, über zweckmäßiges Verhalten beim Verlassen von Waggons, über Umschlingungen auf größeren Uebergangsstationen usw. verlangen. Die Schaffner müssen nunmehr für ihren Bereich Weisung können aber in den meisten Fällen über den Bereich fremder Betriebsinspektionen keine oder nur ungenügende Auskünfte geben. Fortan soll aber der Befehl des Eisenbahnministers: „Jede Frage muß sofort beantwortet werden!“ mehr Geltung erlangen. Dorecht finden die Instruktionssachen probeweise für die Bediensteten der Betriebsinspektion Dortmund statt.

*** Der Bau des maurischen Kanals** gesichert. Der österreichische Provinziallandtag nahm gestern einen Vertrag an, nach dem der Bau des maurischen Schiffahrtskanals als gesichert angesehen werden darf.

*** Se. Maj. der Kaiser** besuchte Dienstag morgen den Reichsfanzler, hörte im Kabinet. Schloß die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiralstabes und folgte später einer Einladung des Admirals v. Holmann zur Frühstücksstafel. Bei der Kaiserin waren zur Frühstücksstafel geladen Herrspräsident v. Bülow und Gemahlin und Hauptmann v. Bülow.

*** Ein Besuch des Kaiserpaars** in Kopenhagen ist, wie in der dänischen Hauptstadt verlautet, für den ersten Teil des Monats Juli im Anschluß an die Kieler Woche in Aussicht genommen. Die Kaiserin wird bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in Kopenhagen weilen.

*** Erneuerung zum Reichsgericht.** Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist Landgerichtsdirektor Dissenberg in Dortmund zum Reichsgericht ernannt.

*** Die Verhaftung des Redakteurs Gense.** Die „Nordd. Allg. Zig.“ stellt gegenüber den Artikeln des „Berl. Tagebl.“ vom 24. und 25. d. Wts. über die am vorigen Sonntag in Berlin erfolgte Verhaftung des Redakteurs Gense fest, daß die Verhaftung des Gense und die Verhaftung des Gense mit dem gegen einen Beamten des Auswärtigen Amtes durchgeführten Disziplinarverfahren nichts zu tun hat. Die

Verhaftung und Verhaftung sei vielmehr erfolgt, weil Gense von der Kriminalpolizei gefasst wurde, da er eine gegen ihn im vorigen Jahre wegen Betrugs rechtskräftig verhängte Gefängnisstrafe noch zu verbüßen hat.

Nichtig ist, daß Gense in der letzten Zeit an den Reichsfanzler und die Grafen Bourlouis und v. Schöler Briefe in Sachen des Disziplinarverfahrens gegen den früheren Legationsattaché bei der Gesandtschaft im Haag, Ball, gerichtet hat. In diesem Verfahren ist Ball durch den Disziplinarhof in Leipzig mit einem Verweise bestraft worden. In den Eingaben zu der Ballischen Angelegenheit hatte Gense mit Enthüllungen und Verächtlichmachung einer Prospekt gedroht, durch die Beamte des auswärtigen Dienstes schwer kompromittiert werden müßten, indem er gleichzeitig neue Vermittlung anbot, um die Verächtlichmachung der Prospekt zu verhindern.

Im wurde vom Generalkonsul zurück im Auftrage des Reichsfanzlers geantwortet, daß das Auswärtige Amt keinen Anlaß hat, die beabsichtigten Veröffentlichungen zu verhindern und sich der zu diesem Zwecke angebotenen Vermittlung zu bedienen. Die objektive Haltlosigkeit der von Ball gegen Hofrat Schneider von der Gesandtschaft im Haag erhobenen Beschuldigungen ist durch eingehende Untersuchung festgestellt worden.

Die höheren Lehranstalten Preußens im Jahre 1907.

Das letzte Heft des Zentralblattes für das gesamte Unterrichtswesen gibt die übliche Zusammenfassung der Lehranstalten, wozu zur Unterstützung der Abklärung für den einjährigen Militärdienst berichtigt sind. Demnach bestehen an öffentlichen höheren Schulen in

	gymn.	Real- u. Oberrealschulen	gymn.	Real- u. Oberrealschulen	Summa
Preußen	17	3	6	2	28
Brandenburg	14	2	6	2	24
Westpreußen	46	16	6	10	80
Pommern	20	4	2	3	32
Posen	19	1	1	2	23
Sachsen	40	9	5	2	56
Sachsen	27	6	5	2	40
Schleswig-Holstein	13	4	2	2	21
Bayern	28	12	3	4	47
Württemberg	27	10	3	2	42
Hessen-Nassau	20	4	6	1	31
Rheinprovinz	54	16	10	8	88
Summa	322	87	45	38	492

Da nun von den Gymnasien noch 36, von den Progymnasien 18, zusammen 54, den vom gesetzlichen Unterricht bereiten Schülern Befähigungsgewinne aussenden können, wenn diese an dem einschlägigen englischen Examen nicht teilgenommen haben, so haben die 360 gymnasialen in Preußen mit gesetzlich 302 mit Englisch gegenüber, 49 in der Provinz Sachsen und neben den oben genannten fünf Oberrealschulen in Halberstadt, Halle, Jülich, Halle (Saale), Erfurt, Gera, und Weis nach noch die sechs Realhöfen in Bitterfeld, Leipzig, Gera, Mühlhausen, Luedwigslund und Sulz in GutsMuths, Leipzig, Realhöfen begriffen (das Realprogymnasium in GutsMuths zum Realgymnasium), so daß dann die Provinz in Bezug auf Oberrealschulen in erster Linie stehen wird.

Außer diesen öffentlichen Anstalten sind noch 18 Privatrealschulen zur Einweisung berechtigt auf Grund des Beschlusses einer Sitzung eines Regierungskommissionars abgehaltenen Einweisungssitzung.

Hierzu treten noch in Preußen 11, Westpreußen 11, Brandenburg 11, Pommern 8, Böhmen 12, Sachsen 22, Sachsen 12, Schleswig-Holstein 6, Hannover 12, Westfalen 12, Hessen-Nassau 7, Rheinprovinz 20, Summa 144 Realhöfen neben 2 privaten Lehrerbildungsanstalten und 16 Landwirtlichschulen. W u n d e r.

*** Der polnische Schulstreik und Minister Stubi.** Polnische Blätter zufolge wurde der Abg. Prälat Dr. von Jądrzejewski beim Kultusminister wegen der Entlassungen von Gymnasiallehrern, deren die Volksliste behebende Geschwister an Schulstreik teilnahmen, vortrefflich. Minister Stubi soll erklärt haben, daß er die von Schulkollegium angeordnete Maßregel erst dann zurückziehen könne, wenn der Schulstreik aufhöre.

*** Zum polnischen Schulstreik.** Das Reichsgericht verhandelte am 26. d. Wts. in der Revisionssache der Rektorate Augustus Ewalds und Vincenz Szpotowski, beide aus Posen, die am 16. November vorigen Jahres vom Landgericht Posen wegen Veröffentlichung von Artikeln über den Schulstreik (§ 110 des Strafgesetzbuchs), erlittener zu Gefängnis, der zweite zu Geldstrafe, verurteilt worden waren. Das Urteil vom 12. März publiziert werden.

Sündenböcke. Der „Vorwärts“ sucht einige Lehren aus der Reichstagswahl zu ziehen. Er verfährt dabei aber mit gewohnter Einseitigkeit; denn er findet so ziemlich alles vollkommen, was die Parteienleitung und ihr Zentralorgan geleistet hat, und erklart lediglich in der Kritik dieser hervorragenden Leistungen den argsten Krebsbissen. So schreibt das Blatt: „Nichts erschütterter mehr den Nimbus und das Ansehen einer Partei, als unausgeglichenes Bekritteln ihrer Theorie und ihrer Taktik. Gerade wir (?) möchten zu allererst die Freiheit der Kritik unterbinden, gerade wir halten den gründlichen Austrag unvermeidlicher Meinungs-differenzen für das einzige Mittel, die tatsächliche Einheit und Geschlossenheit der Partei zu sichern. Aber die Selbstkritik darf auch nicht zur Warte einzelner Genossen, zu einer selbstmörderischen Warte werden.“

Da haben wir die „einzelnen Genossen“ als Sündenböcke. Wer diese einzelnen sind, kann man daraus ersehen, wie der „Vorwärts“ Bernstein und Calmer wegen

deren Erörterungen der Wahlverfahren abgefangelt hat. Aber das sozialdemokratische Blatt faßt nicht, wenn es glaubt, durch Spierung dieser Sündenböcke das gegen die Sozialdemokratie zugehende Dokumentenmaterial unwirksam zu machen. Wohl haben Calmer und Schippel recht viel zu der Aufklärung der sozialdemokratischen Wähler über den wirtschaftlichen Uninn, den die „Genossen“ agitatorisch zu verwerten suchen, beigetragen. Wohl hat auch Bernstein in manchem die Augen darüber geöffnet, daß der Sozialdemokratie die Bewegung, die Agitation und Propaganda, alles, was das Endziel, die Erfüllung der Versprechungen durch positive Leistungen nicht ist, aber das wertvolle Material haben gerade die theoretischen und faktischen Größen der sozialdemokratischen Partei ihren Gegnern geliefert.

Ein ganz vorzüglicher Lieferant solcher Ergüsse ist beifolgende der „große“ Parteitheoretiker Karl Kautsky. Sein grünes Buch, das der Reichsfanzler mit treffendem Spinnor als den Wäcker bezeichnet, dessen er sich bei seinen Ausflügen in den Zukunftspunkt am Bedienter außerordentlich viel Anhaltspunkte, um Wissensbegierigen nachzuweisen, wie es um die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter sozialdemokratischer Herrschaft bestellt sein würde. Außerdem bereichert Kautsky dieses ausgezeichnete Material fortgesetzt durch treffliche Darbietungen in seiner „Neuen Zeit“, und wird darin von Wehring ausgiebig unterstützt. Ueberhaupt „Genossen“ Mehring! Sein Name schon und gar seine Leistungen — seien es die alten in der „Gartenlaube“ und die neuen in der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Neuen Zeit“ — sind für die „Schwarzader“ einfach Goldes wert.

Dann kommt der große Weibel. Was hat er alles für aufmerksame Gegner der Sozialdemokratie getan! Man denke, was seine „Tat“ für Berlin darbringt; man erinnere sich an viele seiner Kraftworte, die er zwar gewöhnlich abzuliegen liebt, die aber doch oft auffällig registriert sind und die bei den letzten Wahlkämpfen gute Dienste geleistet haben; man denke an seine Prospektungen, die sämtlich daneben geraten. Weibel spricht glücklicherweise fürdort viel und tut es kann noch unter zwei Stunden. — Da entficht seinen Lippen manches, den Gegnern lobbare Wort, und deshalb ist Weibel für die sozialdemokratischen Gegner geradezu unentbehrlich. Es wäre schade, wenn die schweren Niederlagen, in die er verwickelt ist, dazu führen möchten, daß nach Wehring der reaktionäre Wind in Erfüllung ginge und die „ganze Kasse abhand“ hinausflüge.

Und nun gar die „Nose aus dem Orient“, die Dame Luxemburg! Was ist ihr im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu verdanken! Ihr tapferes Eintreten für die russischen Weichelmörder, ihr fortwährendes Drängen, sich deren Taktik und Brauwerk zum Muster zu nehmen, das allein schon hat uns Rosa Luxemburg wert gemacht. Auch die von Kautsky wie von Weibel und seinem alter ego Wehring unvorwiegend theoretischen des Massenstreiks, die Frau von Land und Solik aus Holland, das Ausgesagtes zur Aufklärung über die Massenstreiktaktik, die auf die Straße führen müß, geleistet. Aber kann „Genossen“ seine als deren glücklicher Kommentator gelten; aber auch ohne dessen energische Hinweise wird Rosa Luxemburg bei den Gegnern der Sozialdemokratie Beachtung gefunden haben.

Die Dienste, die Singer, sei es in seiner früheren Eigenschaft als Konfessionär, sei es als „Lebemann“ in der Neuzeit, oder als in unannahmer Höhe thronender Parteipräsident den sozialdemokratischen Gegnern geleistet hat, wollen wir nur nebenbei erwähnen. Ebenso können Darbietungen, die uns die die minorum gentium, die Stadthagen, Zettin, Eisner, der famole Farbus, der „Birger“ Siedel und verschiedene andere befehrt haben, besonders gewürdigt werden. Diese nicht kurze Aufzählung aber dürfte zu dem Beweise genügen, daß auch nach dem etwaigen Sündenstreichen reaktionärer Sündenböcke in die Masse noch genug Kieferanten von Agitationsmaterial in der Sozialdemokratie verbleiben, die in hoffentlich auch in Zukunft mancher erfreuliche und brauchbare Leistung zur Bekämpfung der unter der roten Fahne einberaumten Dreimillionenpartei produzieren werden.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 26. Februar, 1. Uhr.
Am Bundesratspräsident: Graf Potjomowski, Schr. v. Stengel, v. Schierich, v. Einem, v. Zippig, Dr. Heberding, Kracke, Deuburg, Schr. v. Wehrhaken, v. Söbel, v. Benckwitz, Quade. Haus und Tribünen voll besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Präsident Graf Stolberg: Wie wir gestern nach Schluß der Sitzung mitgeteilt wurde, haben einzelne Mitglieder des Hauses in der gestrigen Sitzung ihrem Reich nicht nur durch Stenogramm, sondern auch durch häßlichstigen Ausdruck (Heiterkeit), was nicht zulässig ist. Bei den sehr kalten Temperaturen und dem voll besetzten Hause war das von hier aus nicht zu hören. (Heiterkeit.) Bei dieser Gelegenheit will ich auch daran erinnern, daß nach § 63 der Geschäftsordnung von den Tribünen aus Zeichen des Bewalls oder des Mißfallens überhaupt nicht gegeben werden dürfen.

Darauf tritt das Haus in die Fortsetzung der ersten Lesung des Etats ein.



